

Zivilcourage gegen soziale Vertreibung! Verhindert menschenunwürdige Zwangsumzüge!

Der massive Eingriff in die gesellschaftlichen sozialen Fangnetze durch Hartz IV hat deutliche Folgen. Für fast alle ist spürbar: Soziale Ungleichheit, soziale Kälte und Armut nehmen rapide weiter zu. Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind katastrophal.

Wir müssen erleben, dass im Rahmen einer ‚Salamitaktik‘ Schnitt für Schnitt in das immer weitmaschigere soziale Netz erfolgt.

Beispiel: Nachdem die Niedersächsische Landesregierung bereits die Förderungen von Frauenprojekten fast vollständig eingestellt hat, ist nun das Blindengeld fast vollständig gestrichen. Auch Bildungskosten werden zunehmend privatisiert: Das generelle Ende der Lernmittelfreiheit an den Schulen ist umgesetzt.

Nachdem Studiengebühren für so genannte „Langzeitstudenten“ bereits verwirklicht sind, stehen nunmehr allgemeine Studiengebühren auf der Tagesordnung.

Schnitt für Schnitt, Betroffenengruppe für Betroffenengruppe.

Und dieses vor dem Hintergrund, dass schon durch das Maßnahmenpaket Agenda 2010 und Hartz IV für zahllose Menschen akute Notlagen entstanden sind.

Aktuell drohen Zwangsumzüge in Göttingen

Ein neues Kapitel dramatischer Verschlechterungen der Lebensbedingungen für Viele vollzieht sich aktuell und beeinträchtigt massiv das Menschenrecht auf menschenwürdiges Wohnen.

Gegenwärtig sind in Göttingen als Folge von Hartz IV etwa 1.500 Menschen von erzwungenen Umzügen bedroht.

Sachverhalt ist: In Göttingen wurden nach vorsichtigen Schätzungen 850 „Bedarfsgemeinschaften“ (also einzelne Menschen oder Lebensgemeinschaften) durch die Verwaltung der Stadt Göttingen aufgefordert, ihre „Kosten der Unterkunft“ (KdU) zu senken, d.h. letztlich in eine billigere Wohnung umzuziehen. Maximal finanziert werden 245 € (im Ausnahmefall bis 265 €).

Dagegen hat das Göttinger Sozialforum und viele andere Gruppen, Initiativen und Verbände ihre Stimme erhoben und ein „Gutachten zur Ermittlung des Mietpreisgefüges“ in Göttingen durchgesetzt. Dieses liegt nun vor und empfiehlt die Anhebung der Kostensätze.

Das gibt jedoch den Betroffenen noch keine wirkliche Sicherheit. Nur weiterer Druck wird

die Verwaltungen dazu bringen, den Empfehlungen des Gutachtens Folge zu leisten. Das zeigt alle Erfahrung.

Und generell bleibt es im Rahmen von Hartz IV umstritten, dass die angesprochenen 850 sog. „Bedarfsgemeinschaften“ in Zukunft in einer menschenwürdigen Wohnung leben können. Nicht umsonst ist von Kosten für „Unterkunft“ und eben nicht von Kosten für „Wohnen“ die Rede.

Es ist zu befürchten, dass nach diesen Schritten weitere Einsparungen auf dem Rücken der nächst Schwächeren in der Gesellschaft realisiert werden sollen. Auch nach den Nachbesserungen erlaubt die kommunale Sozialpolitik für die Betroffenen wahrscheinlich nur Wohnungen am aller untersten Ende der Mietpreise. Somit würde eine Gettoisierung mit allen sozialen Folgen für die Betroffenen als Folge der neoliberalen Ignoranz als auch des sozialpolitischen Versagens der verschiedenen Verantwortlichen in Kauf genommen werden.

Das nehmen wir nicht hin !!!

Angesichts dieser Situation erklären wir:

Wir, das Göttinger Sozialforum, wollen und werden die **Achtung menschlicher Würde verteidigen und durchsetzen – für alle**. Menschen dürfen weder gedemütigt noch gettoisiert werden. Wir werden mitmenschliche Solidarität und kollektive Verantwortung stärken gegen den Kampf jedeR gegen jedeN. Wir wollen den Betroffenen Ängste und Schamgefühle nehmen und kollektive Handlungsmöglichkeiten der Gegenwehr entwickeln, aufzeigen und anbieten.

Wir werden (Zwangs-) Umzüge verhindern !

An die Kommunen Stadt und Landkreis Göttingen erheben wir die Forderungen:

1. Bis zu einer bundeseinheitlichen Lösung: die Übernahme der Kosten der tatsächlichen Mieten durch die Kommune.
2. Zusammen mit dem Sozialforum: auf allen Ebenen für eine gerechte Umverteilung der Lasten streiten.

An das Land Niedersachsen richten wir die Forderungen:

1. Der Beschluss, das Landesblindengeld zu streichen, muss sofort vom Tisch.
2. Die Politik der Entlastung der ökonomisch stärksten Schultern muss sofort umgekehrt werden.
3. Die Austrocknung der kommunalen Haushalte ist zu stoppen, damit die Gesellschaft ihre Verantwortung gegenüber allen Mitgliedern wieder wahrnehmen kann.
4. Die bisher erfolgten Kürzungen sind zurückzunehmen.

An die neue Bundesregierung stellen wir die Forderungen:

1. Sofortige Anpassung der Regelsätze an den tatsächlichen Bedarf.
2. Stopp und Rücknahme der Hartz-Gesetze und
3. Einführung einer angemessenen Grundsicherung für alle.

Wir rufen die Göttinger Bevölkerung auf

- Informieren Sie sich. Wenn Sie Zugang zum Internet haben, laden wir Sie herzlich ein, an der E-Mail-Kommunikation des Göttinger Sozialforums teilzuhaben. Sie selbst können sich online auf folgender Adresse in die Mailingliste eintragen:
<http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/goesf>
- Überlegen Sie, was Sie persönlich tun können. Schließen Sie sich mit anderen zusammen. Nehmen Sie Kontakt mit sozialpolitisch aktiven Gruppen und Organisationen auf.
- Falls Sie selbst betroffen sind: Lassen Sie sich nichts gefallen, nutzen Sie Ihre jeweiligen Widerspruchsrechte. Die Erfahrung zeigt, dass Behörden darauf setzen, dass die Betroffenen sich fügen und nicht die ihnen gebliebenen Rechte einfordern. Melden Sie sich bei Problemen mit Ihrer Wohnung bei der Nottelefonnummer (Tel: 0163 - 4375085).
- Stellen Sie sich zusammen mit uns aktiv gegen den sozialen Kahlschlag und gegen die fortgesetzte Umverteilung der gesellschaftlichen Güter von unten nach oben. Nehmen Sie Einfluss auf die aktuellen politischen Richtungsentscheidungen. Wehren Sie sich gegen Rentenreform, Gesundheitsreform, Streichung von Blindengeld, Lernmittelfreiheit usw.. Die Liste ist sicher nicht vollständig. Es brennt an vielen Stellen und wir sind aufgefordert, in Solidarität und in gegenseitigem Respekt, Schritt für Schritt menschenwürdige Lebensumstände für Alle durchzusetzen.
- **Wir laden Sie herzlich ein: Machen Sie mit beim Göttinger Sozialforum!**
 - Allgemeines **Treffen für Neueinsteiger und Neueinsteigerinnen**, Mittwoch 23.11.2005 um 18.00 Uhr im Saal des DGB-Hauses, Platz der Synagoge, Obere Masch 10
 - **Montagskundgebung** des Bündnis Montagsdemo **jeden Montag um 17.00**, Gänseliesel, (während des Weihnachtsmarktes am Jacobi-Kirchhof)
 - **Infoaktionstag** in der Fußgängerzone, Montag 28.11.2005 ab 15.00
 - **Offene Versammlung** gegen die KdU-Regelungen **für betroffene und solidarische Menschen**, Mittwoch 30.11.2005 um 18.00 im DGB-Haus
 - Kommen Sie zum nächsten **offenen Arbeitstreffen des Sozialforums**, Mittwoch 07.12.2005 um 17.30 im Saal des DGB-Hauses, Platz der Synagoge, Obere Masch 10